

"Zunächst keine deutsche Zentralregierung" in Luxemburger Wort (2. August 1945)

Legende: Am 3. August 1945 gibt die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort bekannt, dass Deutschland seine Souveränität nicht unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererlangen soll.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 02.08.1945, n° 215. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Zunächst keine deutsche Zentralregierung", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/zunachst_keine_deutsche_zentralregierung_in_luxemburger_wort_2_august_1945-de-ee9b898d-cd21-4214-bc32-ddc6f2a6d89e.html

Publication date: 03/07/2015

Die "Großen Drei" haben in Potsdam beschlossen:

Zunächst keine deutsche Zentralregierung

Zum Abschluß der Dreimächtekonferenz, die während etwas mehr als zwei Wochen im "Cäcilienhof" in Potsdam zwischen Präsident Truman, Generalissimus Stalin und dem britischen Premierminister Churchill resp. Attlee stattgefunden hatte und am Donnerstag früh zu Ende ging, wurde gestern abend in Washington, London und Moskau gleichzeitig ein umfangreiches Communiqué veröffentlicht, in welchem die wesentlichen Punkte der Neuregelung Deutschlands und Europas festgelegt werden.

Ganz Deutschland ist jetzt von alliierten Armeen besetzt. Das deutsche Volk büßt nun für die fürchterlichen Verbrechen, begangen von Männern, die das deutsche Volk in der Stunde ihres Erfolges offen unterstützte und denen es blind gehorchte. Das vorliegende Übereinkommen dient der Durchführung der Beschlüsse der Krimkonferenz, die jede Möglichkeit ausschließen sollen, daß Deutschland je wieder den Frieden der Welt stören kann. Das deutsche Volk soll nicht verklavt werden, aber es soll die Möglichkeit erhalten, seine spätere Existenz auf demokratischer Grundlage vorzubereiten.

Die Behandlung Deutschlands in der 1. Phase der alliierten Kontrolle

Politische Grundsätze:

Die alliierte Politik gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung soll soweit als möglich in ganz Deutschland einheitlich sein. Der Kontrollrat in Deutschland hat folgende Aufgaben.

1. Vollständige Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands, sowie Ausschaltung der deutschen Industrie, soweit dieselbe für Kriegszwecke in Betracht kommt.
2. Das deutsche Volk muß zu der Einsicht gebracht werden, daß es eine vollständige militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich seiner Verantwortung nicht entziehen kann.
3. Ausrottung der NSDAP und ihrer Gliederungen, Auflösung aller ihrer Organisationen. Es ist dafür gesorgt, daß dieselben nicht unter einem Deckmantel wieder erstehen können. Jede nationalsozialistische oder militaristische Propaganda ist verboten.
4. Treffen von Vorbereitungen für den späteren Wiederaufbau des deutschen Staatswesens auf demokratischer Grundlage. Alle nationalsozialistischen Gesetze werden abgeschafft, sowie alle auf Rassezugehörigkeit, Glauben oder politische Überzeugung beruhenden persönlichen Beschränkungen. Kriegsverbrecher und alle, die beteiligt waren an Handlungen, welche mittelbar oder unmittelbar zu Grausamkeitsakten führten, werden bestraft werden. Die Führer der NSDAP werden verhaftet und interniert. Alle Mitglieder der NSDAP, deren Mitgliedschaft sich nicht auf rein formale Zugehörigkeit beschränkte, müssen aus allen amtlichen oder halbamtlichen Stellungen entlassen werden; sie dürfen auch keine verantwortlichen Posten in wichtigen Privatbetrieben bekleiden. Das deutsche Erziehungswesen wird überwacht um eine vollständige Ausrottung der nationalsozialistischen und militaristischen Idee zu gewährleisten und die gedeihliche Entwicklung der demokratischen Gedankengänge zu fördern. Das deutsche Rechtsleben wird auf Grund der Gleichheit Aller vor dem Gesetz neuorganisiert.

Die Verwaltung Deutschlands soll so umgebildet werden, daß im politischen Gefüge eine starke Dezentralisation mit verstärkter Betonung der Verantwortung der örtlichen Behörden ermöglicht wird. Alle auf demokratischer Grundlage beruhenden politischen Parteien sollen erlaubt und gefördert werden; ihnen wird freies Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung zugestanden. Eine zentrale deutsche Regierung soll zunächst nicht geschaffen werden. Trotzdem sollen gewisse wichtige öffentliche Verwaltungszweige von zentralen Verwaltungsstellen aus geleitet werden. Es sind dies u.a.: Finanzwesen, Verkehr- und Nachrichtenwesen, Außenhandel und Industrie. Diese zentralen Verwaltungsstellen, an deren Spitze Staatssekretäre stehen werden, unterliegen den Weisungen des alliierten obersten Kontrollrates.

Freiheit der Rede, der Presse und der religiösen Beteiligung soll gewährleistet werden.

Wirtschaftsgrundsätze:

Jede Herstellung von Waffen, Munition, Kriegsgerät oder Schiffen irgendwelcher Art ist in Deutschland verboten. Die Produktion von Metallen, Chemikalien und Maschinen unterliegt strengster Kontrolle und darf nur in dem zur Deckung des anerkannten Bedarfs erforderlichen Masse erfolgen. Die Produktionskapazität, die nicht zum absolut Notwendigen gehört, wird abgetragen gemäß dem alliierten Abtragungsplan.

Die deutsche Wirtschaft wird später, sobald dies möglich ist, dezentralisiert werden. Insbesondere zielt diese Dezentralisation auf Beseitigung der Trusts und Kartelle. Bei der Reorganisierung der deutschen Wirtschaft wird vor allem der Aufbau der Landwirtschaft und die Produktion der dem Frieden dienenden Verbrauchsgüter Berücksichtigung finden.

In der Zeit der alliierten Besetzung wird Deutschland als wirtschaftliche Einheit betrachtet. Die deutsche Wirtschaft wird einer alliierten Kontrolle unterstellt. Die Verantwortung für die Durchführung der Kontrolle bleibt dem deutschen Volk selbst überlassen.

Wiedergutmachung durch Deutschland

Der Wiedergutmachungsbeitrag Deutschlands soll in einem Maße erfolgen, daß es dem deutschen Volk möglich bleibt, auf Grund der verbleibenden Hilfsquellen ohne fremde Hilfe zu leben.

Über das Prinzip und die Durchführung der Wiedergutmachung durch Deutschland wurde von den drei Großmächten auf der Konferenz Übereinstimmung erzielt. Zur Abgeltung der russischen Wiedergutmachungsansprüche werden Sachwerte aus der russischen Besetzungszone in Deutschland, sowie entsprechende deutsche Guthaben und Werte im Ausland herangezogen werden. Die polnischen Ansprüche werden aus der russischen Quote gedeckt. Die Ansprüche Großbritanniens, Amerikas und anderer benachbarten Staaten werden aus den in den westlichen Zonen Deutschlands befindlichen Sachwerten, sowie aus entsprechenden Guthaben und Werten im Ausland gedeckt.

Rußland erhält außerdem 15% der nicht zur Existenz des deutschen Volkes absolut notwendigen verwendungsfähigen Fabrikeinrichtungen aus dem Westen Deutschlands; dafür liefert Rußland Lebensmittel, Kohle, Potasche, Tonwaren, Schmieröle u.ä. Pläne zum Abtransport der Fabrikeinrichtungen sind binnen 6 Monaten von den zu ernannten Sachverständigen fertigzustellen; der Abtransport muß in einem Zeitraum von 2 bis 5 Jahren erfolgen.

Kriegs- und Handelsflotte:

Über die Behandlung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte wurde auf der Konferenz grundsätzliche Einstimmigkeit erzielt. Einzelheiten werden von den dazu bestimmten Experten ausgearbeitet werden.

Russische Westgrenze:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Friedenskonferenz ist die russische Westgrenze festgesetzt wie folgt: Von einem Punkt an der Ostseeküste nördlich Braunsberg über Goldap bis zum Schnittpunkt der Grenzen von Polen, Ostpreußen und Litauen. Dadurch wird die Stadt Königsberg russisch. Präsident Truman und Premierminister Attlee erklären sich bereit, diesen russischen Vorschlag auf Grenzrichtung bei den Beratungen der Friedenskonferenz zu unterstützen.

Polens Westgrenze:

Vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz wird die Westgrenze Polens wie folgt festgelegt: Von einem Punkt an der Ostseeküste unmittelbar westlich Swinemünde längs der Oder bis zur Mündung der westlichen Neiße, dann längs der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze. Alle östlich dieser Linie liegenden deutschen Gebiete, einschließlich des nicht russischen Teils von Ostpreußen und des ehemaligen Freistaates Danzig werden polnisch.

[...]